

19. Juni 2013

Motion Norbert Hodel, FDP

eingereicht am 23. Mai 2013 – Wortlaut siehe Beilage

Beschäftigungsgrad Stadtratsmitglieder sowie Departementssekretärinnen und-sekretäre

Norbert Hodel, FDP, hat zusammen mit 14 Mitunterzeichneten eine Motion mit der Überschrift „Finanzielle Einsparungen aufgrund getätigter Auslagerungen von städtischen Aufgaben sowie Neuanpassung des aktuellen Beschäftigungsgrades der Stadtratsmitglieder und der Departementssekretariate in den einzelnen Departementen.“ eingereicht. Dabei stellt er folgenden Antrag: Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten, welcher das zukünftige Einsparpotential (finanzielle und Stellenprozente) sowie eine optimierte Verwaltungsführung (Departementssekretariate) aufzeigt, welche in den letzten Jahren aufgrund von den genannten Auslagerungen von städtischen Aufgaben (insbesondere beim Departement „Soziales, Jugend und Alter“) an externe Organisationen (wie z.B. Zweckverbände, Aktiengesellschaften usw.) entstanden sind.

Antrag Stadtrat

Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

Begründung

Zum Vorgehen: Umfassende und ergebnisoffene Verwaltungsanalyse sinnvoll

Eine zentrale Aufgabe in der laufenden Legislatur wird die Schaffung einer neuen, definitiven Gemeindeordnung sein. Der Konstituierungsrat, welcher für die Vorbereitung der vorläufigen Gemeindeordnung verantwortlich zeichnete, hatte sich zum Ziel gesetzt, im Prozess der Vorbereitung der vorläufigen Gemeindeordnung nur die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Ausdrücklich hiess es in der Abstimmungsbroschüre vom 27. November 2011 in einer Überschrift: „Bewusst möglichst wenige Änderungen“. Im Weiteren wird ausgeführt: „Über allfällige weitergehende Änderungen soll dann im Rahmen der definitiven Gemeindeordnung breit diskutiert und entschieden werden.“

Dem Stadtrat ist es nun ein Anliegen, in einem breit abgestützten Vorgehen eine neue und zukunftsgerichtete Gemeindeordnung zu erarbeiten und sie anschliessend dem Stadtparlament und den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Der Stadtrat hat im Rahmen der Antwort auf die Anfrage von Kilian Meyer, SP, „Partizipative Schaffung der neuen Gemeindeordnung“ ausgeführt, dass für die eigentliche inhaltliche Erarbeitung der Gemeindeordnung das Jahr 2014 vorgesehen ist und im Jahr 2015 der politische Prozess, also die Beratung im Stadtparlament und die Vorlage für die Stimmberechtigten, erfolgt. Im Weiteren hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass es sich bei der Gemeindeordnung um ein Projekt von grosser Tragweite sowie zukunftsweisendem Charakter handelt, weshalb die Bevölkerung in einem partizipativen Prozess einzubinden ist. Demzufolge wurde auch ein entsprechendes Legislaturziel der Amtsdauer 2013 – 2016 formuliert.

Der Stadtrat wird im Rahmen der Erarbeitung der Gemeindeordnung die Verwaltungsstruktur einschliesslich Organisation des Stadtrats mittels einer externen Studie im Sinne einer gesamtheitlichen, zukunftsgerichteten und ergebnisoffenen Betrachtungsweise analysieren lassen. Gestützt auf diese Analyse werden unter Berücksichtigung der bestmöglichen Bewältigung der bestehenden und kommenden Aufgaben die notwendigen Massnahmen diskutiert und in der Folge umgesetzt. Der Stadtrat erachtet dies als sinnvolles Vorgehen.

Die Motion, deren Wortlaut ausschliesslich und unmissverständlich auf Einsparpotential bei Stadtrat und Departementssekretariaten beschränkt ist, greift daher zum einen inhaltlich zu kurz und gibt zum anderen bereits eine definitive Richtung vor. Um auszuschliessen, dass diese zu enge, vorseilende Einschränkung später ungeachtet der ermittelten Analyseergebnisse als einzige verbindliche Zielgrösse gewertet werden könnte, beantragt der Stadtrat, seinem ergebnisoffenen Vorgehen den Vorzug einzuräumen und somit konsequenterweise die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Zum Inhalt der Motion:

1. Grundgerüst der Verwaltung mit fünf Departementen, Departementsvorstehenden sowie Departementssekretärinnen und -sekretären hat sich bewährt

1.1 Rückblick auf das Reformpaket 2003

Anlässlich der Volksabstimmung vom 30. November 2003 haben die Stimmberechtigten von Wil mit einem JA-Stimmenanteil von rund 55,8% der Reform von Behörden und Verwaltung zugestimmt. Inhaltliche Schwerpunkte des damaligen Reformpakets bildeten die Reduktion des Stadtrats von sieben auf fünf Mitglieder, die Direktwahl ins Stadtpräsidium, die Anpassung der Finanzkompetenzen von Stadtparlament und Stadtrat sowie die Straffung der Verwaltungsstruktur. Im Zusammenhang mit der Umsetzung ergaben sich unter anderem folgende Fragestellungen:

- Stadtrat: Stellenprozente, Aufteilung Voll- / Teilämter, Ressortverteilung?
- Organisation der Verwaltung im Hinblick auf künftige Aufgaben und Kundenerwartungen?

Bei den Stellenprozenten für den Stadtrat erfolgte eine Reduktion von bisher insgesamt 440 Stellenprozenten auf die heutigen 380 Stellenprozente, und zwar mit zwei Vollämtern und drei Teilämtern mit je 60%. Damit wurde den Erwartungen von Stadtparlament und Bürgerschaft nach einer Reduktion der Stellenprozente sowie nach einer Beibehaltung des Milizcharakters entsprochen. Mit der Reorganisation des Stadtrats wurde sodann die künftige Verwaltungsstruktur neu festgelegt. Diese beinhaltet drei Stossrichtungen: Die Anzahl Departemente soll mit der Zahl der Ratsmitglieder übereinstimmen. Inhaltlich sachverwandte Geschäftsbereiche sollen zwecks Nutzung von Synergien zusammengefasst werden. Schliesslich sollen die Stabsdienste in einzelnen, neu strukturierten und grösseren Departementen zur Sicherstellung der Führungsunterstützung und der internen departementsübergreifenden Koordination angepasst werden. Dies führt im Ergebnis zur folgenden Gliederung der Verwaltung:

- Departement Finanzen, Kultur und Verwaltung
- Departement Bildung und Sport
- Departement Bau, Umwelt und Verkehr
- Departement Versorgung und Sicherheit
- Departement Soziales, Jugend und Alter

Gleichzeitig wurde jedem Departement ein Departementssekretariat zugeordnet. Erwartet wurde, dass mit dieser Gliederung folgende Anforderungen an eine moderne Verwaltungsstruktur erfüllt werden können:

- Die Verwaltungsorganisation soll eine kundenfreundliche, wirksame und effiziente Erfüllung der öffentlichen Dienstleistungen ermöglichen.
- Auf der obersten politischen Leitungsebene muss Gewähr bestehen, dass den einzelnen Mitgliedern des Stadtrats nach Umfang (Stellenprozent) und Bedeutung der ihnen übertragenen Aufgaben das gleiche Gewicht zukommt.
- Die Verwaltungsorganisation muss ermöglichen, dass Veränderungen in den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten zeitgerecht umgesetzt werden können.

Die neue Verwaltungsorganisation wurde auf den 1. Januar 2005 eingeführt.

1.2 Rückblick auf die Gemeindevereinigung

Im Bericht des Gemeinderats Bronschhofen und des Stadtrats Wil zum Vereinigungsbeschluss vom 23. / 25. August 2010 wurde unter Ziffer 6 „Stadtrat“ Folgendes ausgeführt:

Der Gemeinderat Bronschhofen und der Stadtrat Wil weisen je fünf Mitglieder auf. Aus Sicht der beiden Gemeinden soll für die vereinigte Gemeinde im Grundsatz auf die per 1. Januar 2005 eingeführte Organisationsstruktur der Stadt Wil abgestellt werden. Dies namentlich deshalb, weil die Stadt Wil mit dem Übergang vom System mit sieben Ressorts auf das System mit fünf Departementen bereits eine Organisationsstruktur eingeführt hat, welche auf die Bedürfnisse einer Stadt mit rund 17'800 Einwohnenden zugeschnitten und auch für eine Stadt mit über 22'000 Einwohnenden angemessen ist. Es macht Sinn, dass jedes Departement von einer Stadträtin oder einem Stadtrat geführt wird. Aus diesem Grund werden fünf Mitglieder des Stadtrats der vereinigten Gemeinde als richtig erachtet.

Über die Zusammensetzung der Aufgabenbereiche der einzelnen Departemente kann breit diskutiert werden, denn es sind unterschiedliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen, etwa die Bündelung von Aufgaben, welche in einem engen Zusammenhang stehen und Synergien erwarten lassen, dem Beschäftigungsgrad der Mitglieder des Stadtrates entsprechen und ausgewogen sind. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte und aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann gesagt werden, dass sich die Grundstruktur, wie sie sich aus der Bezeichnung der Departemente der Stadt Wil ergibt, bewährt hat. Diese Grundstruktur und damit die Bezeichnung der Departemente soll beibehalten werden. Es handelt sich um folgende Departemente:

- *Finanzen, Kultur und Verwaltung*
- *Bildung und Sport*
- *Bau, Umwelt und Verkehr*
- *Versorgung und Sicherheit*
- *Soziales, Jugend und Alter*

Anlässlich der Grundsatzabstimmung wurde ausgeführt, dass es weder erforderlich noch anzustreben ist, dass alle fünf Mitglieder des Stadtrates ihr Amt vollamtlich ausüben, zumal mit der Gemeindevereinigung primär auf der operativen und weniger auf der strategischen Ebene zusätzliche Aufgaben anfallen. An dieser Beurteilung wird festgehalten.

1.3. Feststellung: Grundlegende Gliederung der Verwaltung hat sich bewährt

Im Rahmen der Gemeindevereinigung wurde bezüglich der Grundstruktur der Verwaltung auf die bewährte Organisation der Stadt Wil abgestellt. Dies aus gutem Grund: Der Stadtrat teilt die Auffassung, dass dieser Entscheid richtig war und derzeit keine Notwendigkeit besteht, das Grundgerüst der Verwaltung mit fünf Departementen, welche von je einem Mitglied des Stadtrats geführt und von je einer Departementssekretärin oder einem Departementssekretär administriert wird, neu zu organisieren. Die Aufgaben in den Departementen werden auch dank diesem Grundgerüst effizient und effektiv erledigt. Die im Rahmen des Reformpakets 2003 definierten „Anforderungen an eine moderne Verwaltungsstruktur“ wurden erfüllt.

Dies bedeutet indes nicht, dass die Strukturen innerhalb dieses Grundgerüsts starr und unveränderbar sind. Der Stadtrat erachtet die in der Motion angesprochene „optimale Verwaltungsführung“ als Daueraufgabe und ist bestrebt, die Verwaltungsstruktur stets möglichst optimal den sich verändernden Gegebenheiten und Rahmenbedingungen anzupassen. Es gehört gerade zu den Aufgaben des Stadtrats in seiner Funktion als oberstes Leitungsorgan, dafür besorgt zu sein.

2. Stadtrat und Departementssekretariate bieten Konstanz in einem sich ändernden Umfeld

2.1 Elastizität und Flexibilität als Garant für optimale Aufgabenerfüllung

Den Departementssekretariaten wurden im Laufe der Zeit generell (beispielsweise im Bereich Weiterbildung) oder individuell neue oder erweiterte Aufgaben übertragen. Den Departementssekretariaten als Stabsstellen ist eigen, dass sie über eine gewisse Elastizität verfügen müssen. Dies hat sich auch im Rahmen der Gemeindevereinigung gezeigt: Die Departementssekretariate haben während vier Jahren eine Vielzahl zusätzlicher Aufgaben

übernommen. Da die Gemeindevereinigung noch nicht abgeschlossen ist – bspw. sämtliche Verträge und Reglemente der ehemaligen Stadt Wil und der ehemaligen Gemeinde Bronschhofen gelten nur bis Ende 2015 und müssen bis dahin durch die vereinigte Stadt Wil neu erlassen werden – sind die Departementssekretariate weiterhin stark eingebunden. Die Departementssekretariate sind in solchen Situationen gefordert und gewillt, ihre Prioritäten neu zu ordnen und zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Dazu kommt, dass die Verwaltung je länger je mehr einem steten Wandel unterworfen ist, wobei sich neue Aufgaben stellen, Aufgaben teilweise wegfallen oder in einer anderen Art und Weise auszuführen sind.

Diese Überlegungen gelten nicht nur für die Departementssekretariate, sondern auch für die Mitglieder des Stadtrats. Ihr vielfältiges Arbeitsgebiet verlangt nach einer laufenden Prioritätensetzung. Zusätzlich ist zu beachten, dass die Stadratsmitglieder Mandate und Vertretungen der Stadt in kantonalen, regionalen und städtischen Gremien sowie in Unternehmungen, an denen die Stadt beteiligt ist oder welche Aufgaben der Stadt erfüllen, wahrnehmen. Sodann gehört es zu ihrem Aufgabenbereich, vielfältige weitere Kontakte auf kommunaler oder kantonaler Ebene zu pflegen – mit wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und weiteren Institutionen oder Interessenverbänden und Vereinen. Darauf legt der Stadtrat Wert, weshalb er im Rahmen der Legislaturplanung 2013 – 2016 auch ein entsprechendes Ziel formuliert hat. Gerade für ein regionales Zentrum gewinnen diese Aufgaben immer mehr an Bedeutung.

2.2 Mehrbelastung durch die Vergrößerung des Gemeindegebiets

Mit der Gemeindevereinigung von Wil und Bronschhofen ist nicht bloss das Gemeindegebiet vergrössert worden, sondern auch die Anzahl Einwohner sowie die Fallzahlen in den Departementen usw. haben entsprechend zugenommen. Auch wenn durch die Gemeindevereinigung vor allem Arbeiten auf der operativen Ebene anfallen, darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass eine gewisse Mehrbelastung beim Stadtrat und bei den Departementssekretariaten durch neu dazu gekommene Aufgaben und eine Vermehrung der direkten Kundenansprüche erfolgt ist.

2.3 Outsourcing: von der operativen zur strategischen Ebene

Ein Grossteil der vom Motionär genannten organisatorischen Veränderungen sind per 1. Januar 2013 in Kraft getreten. D.h., vieles davon ist erst im Praxis-Aufbau; Strukturen, Abläufe oder auch Qualitätsstandards müssen noch erarbeitet und gefestigt werden. Auch sind die Zusammenarbeit und Schnittstellen zur Stadt Wil und zu weiteren Partnern zu klären. Dies ist wiederum mit Mehraufwand verbunden und erfordert insbesondere auch eine enge Begleitung respektive Führung dieser Angebote. Bei den Bereichen, die outgesourct wurden, ist die Führung im Unterschied zu früher im Rahmen eines Verwaltungsrats- respektive Vorstandsmandats und damit noch stärker auf strategischer Ebene wahrzunehmen. Angesichts der Etablierung dieser neuen Einheiten bedingt dies nicht nur breitere und vertieftere Kenntnisse in den entsprechenden Themenbereichen, sondern hat auch mehr Sitzungen, Vor- und Nachbereitungsarbeiten sowie Begleitungen als bei eingespielten Betrieben mit sich gebracht. Ein neuer Aspekt dieser Führungstätigkeit in Verwaltungsrat oder Vorstand ist zudem die aktive Interessenwahrnehmung für die Stadt Wil. Diesbezüglich macht es Sinn, vor einer allfälligen Strukturveränderung den Bericht des Stadtrats bezüglich Public Corporate Governance abzuwarten.

Insgesamt ist der Stadtrat der Auffassung, dass zum heutigen Zeitpunkt weder beim Stadtrat noch bei den Departementssekretariaten ein Einsparpotenzial gegeben ist.

2.4 Im Speziellen: Departement Soziales, Jugend und Alter (SJA)

In der Motion wird das Departement Soziales, Jugend und Alter, namentlich bezüglich der Schaffung der regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und der Thurvita AG, direkt angesprochen. Aus diesem Grund nimmt der Stadtrat nach den grundlegenden Ausführungen noch kurz gesondert Stellung:

Das Departement SJA hatte in den acht Jahren, die seiner Gründung per 2005 im Zusammenhang mit der angesprochenen Behörden- und Verwaltungsreorganisation folgten, seinen Hauptfokus auf der organisatorischen Ausrichtung des Departements als Ganzes und der einzelnen Abteilungen und Betriebe des Departements gelegt. Es ging darum, für alle Einheiten zu klären, welches die effektivste und effizienteste Ablauf- und Aufbauorganisation ist, um für die Bürgerinnen und Bürger eine optimale Leistung erbringen zu können. Dies führte unter anderem zum Outsourcing von Einheiten (Alterszentrum Sonnenhof), aber auch zum Insourcing von Aufgaben (Arbeitsintegration). Hinzu kamen weitere organisatorische Veränderungen im Zuge der Vereinigung mit der Gemeinde Bronschhofen, welche unter anderem das Insourcing der Jugend- und Familienbegleitung (ehemalige Jugendhilfe Bronschhofen) beinhalten. Die Gründung der regionalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde auf der anderen Seite war mit dem Outsourcing des Vormundschaftsamts verbunden. Das Departement SJA hat auch neue Aufgaben zu übernehmen, wie z.B. die Abwicklung der Pflegefinanzierung oder die Flüchtlingsunterstützung.

Die organisatorischen Neuausrichtungen und Übernahmen neuer Aufgaben waren mit erheblichen Zusatzaufwendungen verbunden, welche neben dem Tagesgeschäft zu erfüllen waren. Dies bedingte eine Prioritätensetzung, welche dazu führte, dass das Departement SJA einerseits gewisse inhaltliche Aufgaben zeitweilig zurückstellte, insbesondere gesellschafts- und familienpolitische Fragen, sowie andererseits die Bereiche der Gesundheits- und Behindertenpolitik nicht in grösserem Umfang aktiv anging. Auf der heutigen soliden organisatorischen Basis kann das Departement SJA zukünftig den Fokus auf seine inhaltlichen Tätigkeiten richten und sich den Aufgaben widmen, für die es geschaffen wurde.

Zusammenfassend ist der Stadtrat der Auffassung, dass

1. die Verwaltungsstruktur nicht auf einen einzelnen Teilbereich fokussiert, sondern gesamtheitlich, zukunftsorientiert, ergebnisoffen und mit Blick auf eine optimale Aufgabenerfüllung analysiert werden soll - dazu ist der Stadtrat bereit;
2. sich aus dieser Analyse wertvolle Diskussionen ergeben werden, welche aufzeigen, wie die Stadt Wil ihre Aufgabenerfüllung noch weiter optimieren kann;
3. es daher richtig ist, die Motion als nicht erheblich zu erklären und dem Vorgehensplan des Stadtrats den Vorzug zu geben.



Seite 7

Stadt Wil

Susanne Hartmann
Stadtpräsidentin

Christoph Sigrist
Stadtschreiber